

# Gentechnikfreie Landwirtschaft

Nach der Bundestagswahl war klar, dass eine Regierungsbildung nicht einfach wird. CDU/CSU waren knapp an der absoluten Mehrheit vorbeigeschrammt.

Ich habe an dieser Stelle die Position vertreten, dass die demokratischen Parteien, die schon für die Demokratie in der Weimarer Republik standen, untereinander koalitions- und kompromissfähig sein müssen. Die Grünen haben den einfachen Weg in die Opposition gewählt und Verhandlungen mit CDU/CSU abgelehnt. Ich habe dem ausgehandelten Koalitionsvertrag zugestimmt. Bedauerlich war beim Thema gentechnikfreie Landwirtschaft, dass am Ende der Verhandlungen – auf Druck der Kanzlerin und der CDU – eine von SPD und CSU gewünschte Ablehnung der grünen Gentechnik in der Landwirtschaft aus dem Koalitionsvertrag gestrichen wurde.

Übrig blieb die Formulierung: „Wir erkennen die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik an.“ Diese Vorbehalte kommen nicht von ungefähr. Es gibt zwar – ähnlich wie bei der Atomkraft – auch Ziele für diese Technik, die zunächst positiv

klingen: etwa höhere Erträge zur Bekämpfung des Hungers in der Welt oder die Option, dass Stickstoff von Pflanzen aufgenommen werden kann und dass so der für die Bauern teure und die Umwelt auch belastende Einsatz von Kunstdünger reduziert werden kann.

Die massiven kommerziellen Interessen gehen aber in eine andere Richtung. Es werden Pflanzen gezüchtet, die resistent sind gegen Unkrautvernichtungsmittel, und die Bauern werden immer stärker abhängig von großen international agierenden Saatgutunternehmen. Der entscheidende Punkt ist aber, dass der menschliche Eingriff in die Schöpfung durch Gentechnik irreparable Folgen haben kann und bereits hat.

Entwicklungen lassen sich nicht umkehren, Gentechnik-Pflanzen verunreinigen anderes Saatgut und sind eine ernste

Bedrohung für die Artenvielfalt auf unserer Erde. Nun wurde es ernst bei dem wichtigen Thema. Wird die EU den gentechnisch veränderten und Insektengift produzierenden Mais 1507 zulassen?

Während im Bund die SPD-geführten Ministerien und das CSU-geführte Landwirtschaftsministerium gegen den Anbau dieses Genmaises waren, sprachen sich die CDU-Ministerien und Kanzlerin Angela Merkel dafür aus. Bei Uneinigkeit in der Regierung ist vereinbart, dass man sich auf EU-Ebene der Stimme enthält. Deshalb haben die Abgeordneten der Regierungsparteien auch überwiegend einen Antrag der Grü-

nen abgelehnt, der die Bundesregierung aufforderte, in der EU gegen den Genmais zu stimmen.

Spanien, Großbritannien, Schweden, Finnland und Estland stimmten für die Einführung – durch Enthaltungen und Nein-Stimmen verfehlten die Gentechnik-Befürworter mit 210 Stimmen die erforderliche Mehrheit von 260 Stimmen. Die endgültige Entscheidung liegt jetzt bei der EU-Kommission.

Es gibt noch die Chance, in der EU durchzusetzen, dass nationale (in Deutschland) oder regionale (in den Bundesländern) Anbauverbote rechtlich möglich sind. Die Landtagsfraktion der Sozialdemokraten und der Grünen haben Landwirtschaftsminister Bonde bestärkt, hier aktiv zu werden. Zusammen mit meinem Kollegen Thomas Reusch-Frey (Bietigheim-Bissingen) habe ich Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) geschrieben und sie gebeten, in der EU weiter für ein nationales Anbauverbot zu kämpfen.

... der  
**SPD-Landtags-  
abgeordnete**  
**Gernot Gruber**

